

# Das Bildungswesen in Tibet

**Ein Arbeitspapier für den Sonderberichterstatter der UNO  
Tibetan Centre for Human Rights and Democracy, [www.tchrd.org](http://www.tchrd.org)  
International Campaign for Tibet, Europe  
Juni 2003**

## **Inhalt:**

Einführung  
*Gesetzliche Verpflichtung*  
*Statistische Anomalien*  
*Der Preis der Armut*  
*Eine riskante Alternative*  
 Politisierung des Bildungswesens  
 Tibetische Kinder werden zur Erziehung nach China geschickt  
 Die Ausrottung der tibetischen Sprache  
 „Bildung für Minderheiten“: in Tibet ein unerfülltes Versprechen  
 Schlußbemerkungen  
 Empfehlungen

## **Einführung**

Seit der Besetzung Tibets im Jahre 1950 hat die chinesische Regierung das Bildungssystem systematisch zur Diskriminierung der Tibeter genutzt. Statt die menschliche und soziale Entwicklung der tibetischen Kinder zu fördern, war die Erziehung das Mittel, um den Kindern Loyalität für die kommunistische Regierung in Peking einzupflanzen. Ein derartiger Machtmißbrauch stellt einen groben Verstoß gegen das Völkerrecht dar.

## ***Gesetzliche Verpflichtung***

Die UN Konvention über die Rechte des Kindes (*Convention on the Rights of the Child* = CRC), die 1992 von China ratifiziert wurde, erlegt den Vertragsstaaten eine Reihe von Pflichten auf<sup>1</sup>. So sieht der Art. 29 der CRC vor: „Die Vertragsstaaten stimmen darin überein, daß die Bildung des Kindes darauf gerichtet sein muß..., dem Kind Achtung vor seinen Eltern, seiner kulturellen Identität, seiner Sprache und seinen kulturellen Werten, den nationalen Werten des Landes, in dem es lebt, und gegebenenfalls des Landes, aus dem es stammt, sowie vor anderen Kulturen als der eigenen zu vermitteln“<sup>2</sup>.

China ist als Vertragsstaat der CRC verpflichtet, alle vier Jahre den Vereinten Nationen einen Rechenschaftsbericht vorzulegen. Sein zweiter periodischer Bericht, der im März 1999 fällig gewesen wäre, steht immer noch aus.

Das *Weißbuch über Minoritäten*<sup>3</sup> der PRC (People's Republic of China) von 1999 besagt, daß die Erziehung der Minderheiten Chinas „von höchster Bedeutung für die Verbesserung des Bildungsniveaus bei den Minoritäten und die Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in den Gebieten ethnischer Minderheiten ist“<sup>4</sup>. Wie dieser Bericht zeigt, beweisen unabhängige Studien und direkte Zeugnisse aus ganz Tibet indessen, daß es in der TAR sowie in den Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan (die jetzt das

<sup>1</sup> China unterzeichnete die CRC am 29. August 1990 und ratifizierte diese Konvention am 2. März 1992.

<sup>2</sup> Art. 29 1 c der CRC.

<sup>3</sup> Der Begriff „Minorität“ ist sehr umstritten. China stuft die Tibeter als eine der 55 ethnischen Minderheiten der PRC ein, obwohl die Tibeter sich selbst als ein eigenständiges Volk mit einem eigenen Territorium sehen, das seit 1949 von China besetzt ist und in das Schema der ethnischen Minderheiten gepreßt wurde. Im folgenden wird der Begriff im Lichte des derzeitigen politischen Status Tibets verwendet.

<sup>4</sup> Informationsbüro des Staatsrates der PRC, *National Minorities Policy and its Practice in China*, Beijing, Sept. 1999.

meiste der traditionellen östlichen tibetischen Provinzen Kham und Amdo umfassen) kaum einen nennenswerten Fortschritt im Bildungswesen gibt.

### **Statistische Anomalien**

Gemäß dem Report über menschliche Entwicklung in China, der 2002 von dem UNDP (United Nations Development Program) herausgegeben wurde, steht der Bildungsindex<sup>5</sup> für Tibet im Vergleich zu den anderen 31 Provinzen Chinas an aller unterster Stelle. Ebenso sind die allgemeinen Quoten für die Einschreibung in Erziehungsanstalten und für die des Lesens und Schreibens kundigen Erwachsenen in Tibet die niedrigsten aller Provinzen Chinas. Die offizielle chinesische Nachrichtenagentur Xinhua beziffert die Analphabeten-Rate junger Menschen auf 34.27 %<sup>6</sup>, wohingegen das Weißbuch von 2001 über die Modernisierung in Tibet von einer Analphabetenrate unter Jugendlichen von 32.5 % spricht. Und dennoch kommt ein anderer Bericht zu dem Schluß, die Analphabetenrate könne sogar bei 70 % liegen<sup>7</sup>. Das Weißbuch erklärt weiter, in Tibet gebe es „956 Schulen aller Arten“<sup>8</sup>, während Xinhua protzt, die Anzahl der Schulen in Tibet habe Ende 2002 gar 3.099 betragen<sup>9</sup> - eine groteske Behauptung, wenn man sie im Zusammenhang mit den Einschreibequoten sieht: Angeblich sollen 2.143 Schulen in 12 Monaten gebaut worden sein, doch die offiziellen Statistiken veranschlagen den Zuwachs bei der Einschreibequote auf unter 3 %!

### **Der Preis der Armut**

Das Bildungsniveau ist bei den Tibetern aus mehreren Gründen weiterhin niedrig, was mehrere Ursachen hat. Viele entlegene Gegenden verfügen über keine Schulen, während die Eltern allgemein abgeneigt sind, ihre Kinder auf Internatsschulen zu schicken - vor allem, weil sie nicht in der Lage sind, die von der chinesischen Regierung geforderten hohen Gebühren zu bezahlen, mit denen die im Erziehungsbudget klaffende Lücke geschlossen werden soll. In ländlichen Gegenden wird, wenn die Eltern nicht in barer Münze zahlen konnten, das Schulgeld zuweilen in Form von Butter und Fleisch eingefordert. Dem gegenüber erklärt der Art. 10 des chinesischen „Gesetzes über die Schulpflicht“ von 1986, daß „der Staat bei Schülern, die der Schulpflicht nachkommen, kein Schulgeld erheben darf“.

Chinas Gesetz über die allgemeine Schulpflicht von 1986 besagt, daß jedes Kind über 6 Jahre Zugang zu einer Schule haben muß, doch es gibt darin auch eine Klausel, die für tibetische Kinder einen Aufschub des Schuleintritts bis neun Jahre erlaubt. Das ist ganz legal, weil es in dem riesigen Territorium, das noch seiner Entwicklung harret, zahlreiche entlegene Gegenden gibt, in denen es nicht möglich ist, der gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen.

Die Chinesen geben hohe Summen für den Bau von Schulen aus, aber es fehlen die Beweise, daß diese Mittel tatsächlich die ländlichen und unterentwickelten Regionen erreichen, wo sie am meisten gebraucht würden. Selbstverständlich wird von der Bevölkerung erwartet, die Hauptlast am Bau und an den Kosten zu tragen. So erklärte etwa Gyaltsen Norbu 1994, der damals Vorsitzender der TAR Regierung war: „Wo immer möglich,

<sup>5</sup> Der Index für den Bildungsfortschritt in Tibet ist 0.4181, und der Quotient der des Lesens und Schreibens kundigen Erwachsenen beträgt 0.3382 und die Einschreibungsrate für den Schulbesuch ist 0.5779. Der Index für den Bildungsfortschritt wird errechnet, indem man den Index der des Lesens und Schreibens kundigen Erwachsenen und den Index für die allgemeine Einschreibung verbindet, wobei dem ersteren zwei Drittel und dem letzteren ein Drittel zugemessen werden.

<sup>6</sup> „Compulsory Education Progressing in Tibet“, China Radio International, DATE.

<sup>7</sup> *International Committee of Lawyers for Tibet*, „The Fabric of Fear: Children’s Rights in Tibet“ (Das Gespinnst der Angst: Die Rechte der Kinder in Tibet, ein vorläufiger Bericht) 27 June 2000, [www.igfm-muenchen.de/tibet/tjc/Fabric%20of%20fear.pdf](http://www.igfm-muenchen.de/tibet/tjc/Fabric%20of%20fear.pdf).

<sup>8</sup> The Information Office of the State Council, Tibet’s March Toward Modernisation, Beijing, 8 Nov 2001.

<sup>9</sup> „Tibetan children gain more chances for education“, Xinhuanet, March 28, 2003.

sollten die lokalen Verwaltungen die Bauern und Hirten mobilisieren, um baufällige Dorfschulen instand zu setzen, neue Schulen zu bauen und die Unterrichtsbedingungen zu verbessern, indem sie auf freiwilliger Basis ihre Arbeitskraft und Baumaterial zur Verfügung stellen“<sup>10</sup>.

Bei unseren Interviews wurde uns von mehreren Fällen berichtet, wo die Behörden die Dorfbewohner um Geld und Holz für den Bau von Schulen angingen, welche die Tibeter dann aber selbst ohne jegliche Entlohnung bauen mußten. Und als sie fertig waren, standen keine Lehrer zur Verfügung, um Unterricht zu erteilen. Nur wenn hochrangige Regierungsbeamte kamen, um das Dorf zu inspizieren, befahlen die Behörden den Kindern, sich in der Schule zu versammeln. Tibeter vom Lande werden so gezwungen, Schulen auf eigene Kosten und aus eigener Kraft zu bauen, und wenn sie nicht selbst auch noch für die notwendigen Lehrkräfte sorgen, wird dort am Ende kein einziges Kind unterrichtet. Das ist geradezu ein Hohn, wenn man bedenkt, daß 85 % der Bevölkerung des Landes unterhalb der Armutsgrenze leben. Ein Bauer kommentierte treffend: „Vielleicht hatten sie überhaupt nie die Absicht, uns eine Schule zu geben“<sup>11</sup>.

### ***Eine riskante Alternative***

Eine ansehnliche Zahl von Kindern macht sich jedes Jahr über den Himalaya zu den tibetischen Exilgemeinden in Indien auf den Weg, um so in den Genuß einer echten tibetischen Erziehung zu gelangen<sup>12</sup>. So machen alljährlich Kinder unter 18 Jahren über die Hälfte der in Indien Zuflucht suchenden Flüchtlinge aus. 2002<sup>13</sup> erreichten 715 Kinder unter 18 Jahren – die meisten in der Altersgruppe von 7 bis 13 – das Tibetische Auffanglager in Dharamsala, Nordindien. Diese Minderjährigen, welche die gefahrenträchtige und manchmal sogar tödliche Reise über den Himalaya auf sich nehmen, fliehen in erster Linie, um die Exilschulen zu besuchen und dort eine breitgefächerte Bildung zu erhalten. Zumeist schicken ihre Eltern sie nach Indien, indem sie ihre Kinder Fremden anvertrauen und einem Wegführer eine gewisse Summe zahlen. Die in Indien eintreffenden Kinder erhalten in dem landesweiten Netz der verschiedensten Schulen, die vom Dalai Lama und der tibetischen Regierung im Exil gegründet wurden, eine kostenfreie Bildung von hoher Qualität. „Jeder, der schon einmal in Dharamsala gewesen ist, wird erkennen, daß die Erziehung der Flüchtlingskinder eine einzige Erfolgsgeschichte ist“<sup>14</sup>.

Obwohl diese Jugendlichen eine gute Bildung genossen haben und fachlich kompetent sind, werden sie, falls sie beschließen, in ihr Heimatland zurückzukehren, wegen des Besuchs von Erziehungsanstalten im tibetischen Exil leider unter ständiger Überwachung stehen und es schwer haben, Arbeit zu finden. Ebenso müssen die Familien, die ihre Kinder zur Erziehung nach Indien schicken, weil sie keine andere Alternative für sie sehen, mit harten Vergeltungsmaßnahmen rechnen. 1994 wurde eine Verfügung erlassen, daß Eltern ihre Kinder, die in Indien zur Schule gehen, zurückholen müssen, wenn sie nicht zurückgestuft werden oder ihren Arbeitsplatz verlieren wollen. Und falls die Kinder nicht innerhalb einer festgesetzten Frist nach Tibet zurückkehren, verlieren sie ihr Wohnrecht.

## **Politisierung des Bildungswesens**

Die Erziehung ist in Tibet darauf gerichtet, den Kindern die Liebe zum Kommunismus und zum „Mutterland“ einzupflegen, und sie fordert, den Dalai Lama und seine „Clique“ im Exil zu

<sup>10</sup> *China's Current Policy on Tibet: Life-an-Death Struggle to Crush an Ancient Civilization*, 29 September, DIIR, Dharamsala, India.

<sup>11</sup> *Racial Discrimination in Tibet*, Tibetan Centre for Human Rights and Democracy, 2000.

<sup>12</sup> International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA), *The Indigenous World 2001-2002*, p. 237.

<sup>13</sup> Laut dem Tibetan Reception Centre, Dharamsala, entkamen vom 2. Januar 2002 bis zum 10. Januar 2003 insgesamt 1.379 Flüchtlinge aus Tibet nach Indien.

<sup>14</sup> Claude Arpi, „The Phantoms of Chittagong“, *The Rediff Special*, 9 Jan 2003.

denunzieren. Der Lehrplan für die Schulen basiert auf der marxistischen Geschichtsanalyse, der zufolge die Kulturen auf verschiedenen Entwicklungsstufen stehen<sup>15</sup>. 1994 enthüllte Chen Kuiyuan, der damalige Parteisekretär der TAR, anlässlich der TAR Erziehungskonferenz die Absicht, die hinter der Bildungsförderung in Tibet steckt: „Der Erfolg unserer Erziehungspolitik liegt nicht in der Anzahl von Diplomen, die den Absolventen der Universitäten, Colleges... und höheren Schulen ausgestellt werden. Nein, er wird sich letzten Endes darin zeigen, ob diese der Dalai Clique Widerstand leisten oder ihr Herz an sie verloren haben, und ob sie unserem hehren Mutterland und der großen Sache des Sozialismus treu sind oder gleichgültig gegenüberstehen“.

Die Han-Chinesen halten sich für den Gipfel der menschlichen Entwicklung und von Natur aus den Tibetern überlegen, die sie als rückständige und ignorante Barbaren, die keine richtige Kultur oder Geschichte haben, verachten. Den tibetischen Schülern wird die chinesische Version von Geschichte und Weltsicht beigebracht, während ihnen das Wissen über ihre eigene, davon unabhängige Geschichte vorenthalten wird. Doktrinen der Überlegenheit einer Rasse über die andere werden ausdrücklich vom Art. 4 der Konvention über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung (CERD) verboten<sup>16</sup>. Dieser erklärt: „Die Vertragsstaaten verurteilen jede Propaganda und alle Organisationen, die auf Ideen oder Theorien hinsichtlich der Überlegenheit einer Rasse oder einer Personengruppe bestimmter Hautfarbe oder Volkszugehörigkeit beruhen oder die irgendeine Form von Rassenhaß und Rassendiskriminierung zu rechtfertigen oder zu fördern suchen; sie verpflichten sich, unmittelbare und positive Maßnahmen zu treffen, um jedes Aufreizen zur Rassendiskriminierung und alle rassistisch diskriminierenden Handlungen auszumerzen...“.

Obwohl Klöster im allgemeinen nicht gerade als Institutionen höherer Bildung angesehen werden, sind sie die Säulen der geistigen Tradition Tibets. Ihr Erziehungssystem weist Aspekte auf, die modernen Bildungseinrichtungen durchaus entsprechen, wie etwa die Verleihung von Studiengraden. Aus diesem Grunde schätzten die Tibeter seit eh und je ihre monastischen Institutionen als wertvolle Stätten höherer Bildung. Pekings Kampagne zur „patriotischen Erziehung“, die 1996 in Tibet gestartet wurde, versucht durch die Propagierung des Atheismus die Loyalität dem Dalai Lama gegenüber zu untergraben. Die Kampagne bedeutet, daß tibetische Mönche und Nonnen umerzogen und mit der chinesischen kommunistischen Ideologie und der chinesischen Version der tibetischen Geschichte indoktriniert werden und daß sie den Dalai Lama und Gedhun Choekyi Nyima, den vom Dalai Lama bestätigten 11. Panchen Lama, verunglimpfen müssen. Diese Kampagne, die ursprünglich nur den monastischen Institutionen galt, wurde nun auch auf die Laienbevölkerung ausgedehnt. Ein Leitartikel in *Tibet Daily* vom 4. Juli 2000 fordert, daß Kinder zum Atheismus erzogen werden, „um sie von dem schlechten Einfluß der Religion zu befreien“.

Die Wiederholung von patriotischen Formeln über das große Mutterland und die großen Führer ist ein tägliches Ritual an den Schulen, an denen die Erziehung im atheistischen Geist erfolgt. So wurden Kinder, die Schutzkordeln um den Hals trugen, die Tempel besuchten, Gebete rezitierten oder ihre Religiosität irgendwie nach außen manifestierten, mit der Begründung, religiöse Ausübung sei ein Hindernis für den Fortschritt, von den Behörden mit Geldstrafen belegt und in einigen Fällen mit dem Verweis von der Schule bedroht. Die sakralen Gegenstände wurden konfisziert und vor der ganzen Klasse verbrannt<sup>17</sup>.

Jede Form politischer Diskussion in den Klassenzimmern oder die Bekundung einer abweichenden Meinung in politischen Dingen wird mit der Androhung schwerer Folgen, etwa einer Meldung an die bewaffnete Staatspolizei oder das Büro für Öffentliche Sicherheit (PSB), im Keim erstickt. Tenzin, ein 18jähriger Student aus der Gemeinde Chenduo, Kreis

<sup>15</sup> Human Rights in China, „Education for Ethnic Minorities“, China Rights Forum, Summer 2001.

<sup>16</sup> China unterzeichnete die CERD 1966 und ratifizierte sie 1981.

<sup>17</sup> „Anti-Religions-Kampagne richtet sich gegen tibetische Schulkinder“, TIN, 20. Februar 2001.

Jyekundo, TAP Jyekundo, Provinz Qinghai, der am 1. April 2002 in Nepal eintraf, berichtet dem TCHRD von einem Vorfall in seiner Klasse 1999, als er zur höheren Mittelschule ging. Eine den Dalai Lama verunglimpfende Sendung auf einem chinesischen Fernsehkanal löste bei den Schülern eine heftige Reaktion aus. Als der Rektor von dem Vorfall erfuhr, rügte er die ganze Klasse für ihr Verhalten. Tenzin erzählt:

„In sehr strengem Ton erinnerte er uns daran, was er zu Beginn des Semesters der ganzen Schule bei einem Meeting gesagt hatte. Er ermahnte uns wieder, daß wir dem von der chinesischen kommunistischen Regierung gewiesenen Pfad, nämlich der marxistischen und leninistischen Ideologie, folgen sollten und nichts Gegenteiliges im Sinn haben dürften. Wir müßten nicht auf die irreführenden Lehren des Dalai Lama über die tibetische Unabhängigkeit hören, denn diese würde es niemals geben. Sollte sich ein derartiger Vorfall wiederholen, so warnte er uns, würde er nicht zögern, die ganze Klasse aus der Schule zu werfen und uns dem Büro für Öffentliche Sicherheit zu übergeben“<sup>18</sup>.

Wie es heißt, fordern die chinesischen Behörden die Professoren, insbesondere die der Sprachenabteilung der Tibet Universität in Lhasa, die als potentieller Unruheherd gilt, auf, an Veranstaltungen zur politischen Bildung teilzunehmen und die Studiengänge und -materialien zu säubern, um „separatistische,, (politische und religiöse) Ideen und Aktivitäten von dem Campus fernzuhalten. Viele alte oder religiöse Texte sind deshalb aus den Curriculae verbannt worden, aus Furcht, ihr Studium könnte den tibetischen Nationalismus fördern.

Um das Bildungswesen in der Region zu fördern, sieht Pekings Fünfjahresplan (2001 - 2005) vor, daß mehr Chinesen für Lehrerstellen in der TAR rekrutiert werden sollen. Die Arbeitsplatzsicherheit für tibetische Lehrer ist damit bedroht. Das bedeutet, daß die tibetischen Lehrer, die jetzt eine Stelle haben, an den Rand gedrängt und ihre Stelle verlieren werden, um für chinesische Migranten, die ausdrücklich im Hinblick auf Tibet eingestellt wurden, Platz zu machen.

### **Tibetische Kinder werden zur Erziehung nach China geschickt**

*People's Daily*, die offizielle Zeitung der Kommunistischen Partei, berichtete am 8. November 2002: „...seit die erste tibetische Klasse 1985 in einer ‚Inland-Schule‘(d.h. in China befindlichen Schule) eingerichtet wurde, haben über 20.000 tibetische Schüler derartige Klassen durchlaufen, die von über 20 Provinzen und Städten im Laufe der letzten 17 Jahre angeboten wurden. Etwa 10.000 Studenten haben überdies die Universität abgeschlossen“<sup>19</sup>.

Die Zentralregierung hat besondere Gelder bereitgestellt, um tibetische Mittelschulen unmittelbar in China einzurichten. Die Schüler werden nach ärztlicher Untersuchung und auf der Basis ihrer schulischen Leistungen ausgewählt. Diese Inland-Mittelschulen sind so weit von Tibet entfernt, daß die Schüler drei Jahre fortlaufend dort bleiben müssen<sup>20</sup>. Einige tibetische Jugendliche, die im Grundschulalter ausgewählt wurden, verbrachten noch viel mehr Jahre an einem Stück in China. Der Gelehrte Teng Xin (tib. Tenzin) heißt diese Politik willkommen und erklärt, die Schüler müßten von ihrer Familie abgesondert werden, um gut lernen zu können und nicht dem Einfluß ihrer fatalistischen Umgebung zu unterliegen.

Das TCHRD fragt sich, warum diese Elite-Schulen denn in China geschaffen werden und nicht dort, wo sie am meisten gebraucht werden, nämlich in Tibet. Pekings Hintergedanke bei der Sache ist, daß die Jugendlichen nach dem Abschluß ihrer Ausbildung zuverlässige

<sup>18</sup> „Schule aufgefordert, den Dalai Lama zu verunglimpfen“, Human Rights Update, TCHRD, Mai 2002.

<sup>19</sup> „China's top universities to enrol Tibetan post graduates“, *People's Daily*, 8/11/02.

<sup>20</sup> „Inland schools help educate Tibetan youths“, *Xinhuanet*, 21 October 2002.

Funktionäre und Bürokraten in dem sozialistischen System werden sollen. Die PRC rechnet damit, daß sie die Bevölkerung Tibets leichter unter Kontrolle halten kann, wenn sie einige ethnische Tibeter, die, was die Entwicklung, den Sozialismus und die Anti-Dalai-Lama-Phrasendrescherei betrifft, die korrekte Ansicht haben, auf gehobene Verwaltungsposten setzt.

Diese Minderheiten-Bildungspolitik, der zufolge die intelligentesten der tibetischen Schüler auf spezielle Schulen in China gebracht und dort in kommunistischer Ideologie und entsprechender politischer Weltsicht indoktriniert werden, gehört zu einer Reihe systematischer Bemühungen, um die Tibeter dem chinesischen *mainstream* anzugleichen und die Eigenständigkeit der tibetischen Sprache, der Gebräuche, Kultur und Geschichte zu verwischen.

### **Die Ausrottung der tibetischen Sprache**

Die tibetische Sprachpolitik ist eines der wichtigsten Themen des Erziehungssektors in Tibet, besonders seit der kurzen Periode der Liberalisierung Anfang der 80er Jahre. Im Juli 1988 wurde Tibetisch zur offiziellen Sprache der TAR erklärt, doch politische Maßnahmen neueren Datums zeigen, daß diese Aufwertung nur nominellen Wert hat. Obwohl die tibetische Sprache einen Anstrich staatlicher Befürwortung erhielt, wird sie immer mehr von Mandarin-Chinesisch, der „Nationalsprache“ der Volksrepublik China verdrängt.

Für die Tibeter ist ihre Sprache die Grundlage ihrer althergebrachten Kultur, während die chinesischen Besatzer ein Vehikel nationalistischer Gefühle in ihr sehen. Einige Funktionäre halten die tibetische Sprache für den besten Angriffspunkt, sowohl was den gegenwärtigen Feldzug gegen die Unabhängigkeitsbewegung als auch die Kampagne zur Ausrottung traditioneller Glaubensformen in Tibet betrifft. Im Oktober 1995 brachten kommunistische Parteikader in der Autonomen Region Tibet ein Rundschreiben in Umlauf, in dem stand, daß der Separatismus teilweise auf das Konto von Schulen gehe, in denen zu viel Religion gelehrt und zu viel Tibetisch gesprochen würde<sup>21</sup>.

Tatsächlich sah das chinesische Bildungsgesetz von 1995 vor, daß Angehörige der verschiedenen Nationalitäten in ihrer eigenen Sprache unterrichtet werden. Der Art. 12 des Bildungsgesetzes<sup>22</sup> besagt, daß „Schulen und andere hauptsächlich für die Minderheiten geschaffene Bildungseinrichtungen die Sprache, welche in der Volksgruppe oder in der Gegend in Wort und Schrift allgemein gebräuchlich ist, als Unterrichtssprache verwenden dürfen“.

Während der Unterricht auf Tibetisch an einigen Dorfschulen zugelassen ist, verwenden die Schulen mit der besseren Ausstattung und den besseren Lehrern Chinesisch als die bevorzugte Unterrichtssprache. Obwohl das Gesetz von 1995 noch rechtskräftig ist, brachte das Jahr 1997 eine scharfe Kurswende mit sich, weil nämlich erklärt wurde, daß von nun an für tibetische Kinder vom ersten Schuljahr an Chinesisch als Unterrichtssprache eingeführt würde. Das ist geradezu eine Umkehr der viel gepriesenen Politik von 1987, die versprach, bis 1993 Mittelschulen, an denen auf Tibetisch gelehrt wird, einzurichten und nach 2000 auch die meisten Hochschulkurse auf Tibetisch zur Verfügung zu stellen.

Die Politik von 1987 wurde plötzlich als „impraktikabel“ und als „der Realität in Tibet nicht entsprechend“ hingestellt<sup>23</sup>. Während mit dieser Maßnahme den schlechten Leistungen tibetischer Schüler nach dem obligatorischen Wechsel zu rein chinesischsprachlichen Bildungsinstituten nach dem 13. Lebensjahr, der weit verbreiteten Arbeitslosigkeit unter

<sup>21</sup> „International Committee of Lawyers for Tibet“ (ICLT), *A Generation in Peril*, 2001. ICLT wurde inzwischen in „Tibet Justice Centre“ (TJC) umbenannt, deutsch: <http://www.igfm-muenchen.de/tibet/tjc/Kinderreport.html>.

<sup>22</sup> China Rights Forum, *The Journal of Human Rights in China*, „Education for Ethnic Minorities“, summer 2001.

<sup>23</sup> „Policy Shift in teaching in Tibet“, TIN, May 6, 1997.

tibetischen Jugendlichen wegen ihrer schlechten Chinesisch-Kenntnisse und der sprachlichen Barriere für ihre Zulassung zur Tibet Universität entgegengewirkt werden sollte, hat sie auch das Aussterben der tibetischen Sprache beschleunigt. Die neue Sprachpolitik sieht stillschweigend über die gegenwärtigen Trends hinweg: verbreitete Arbeitslosigkeit unter tibetischen Lehrern, weniger Übersetzung von Veröffentlichungen ins Tibetische, das allmähliche Verschwinden von Tibetisch als Verkehrssprache. Der Kurswechsel in der Politik geschah rücksichtslos, so daß, wie manche düstere Vorhersagen behaupten, bald das einzige noch auf Tibetisch unterrichtete Fach die tibetische Sprache selbst sein wird.

Unbestreitbar ist, daß die tibetischen Schüler viel bessere Leistungen brachten, als sie in ihrer eigenen Sprache unterrichtet wurden: 1989 wurden von dem verstorbenen Panchen Lama vier Experimental-Klassen an höheren Schulen eingerichtet. Und 1995 bestanden doppelt so viele tibetische Schüler dieser Klassen die Prüfungen wie ihre Kameraden, die ausschließlich auf Chinesisch unterrichtet wurden. Noch 1993 sagte der Vize-Parteisekretär Tenzin, daß es „überzeugende Beweise dafür gibt, daß nichts die Verwendung der tibetischen Sprache ersetzen kann, um die Qualität der Bildung zu verbessern und das kulturelle Niveau der Nationalität anzuheben“<sup>24</sup>. Die chinesische Regierung lehnte jedoch 1996 Pläne, tibetischsprachige Schulen auszuweiten unter dem Vorwand, sie hätten nicht genügend qualifizierte Lehrer für dieses Programm, ab.

Zwei ausländische Touristen, die im April-Juni 2002 eine ausgedehnte Tibet-Reise unternahmen, erläuterten: „Es gibt chinesische Schulen (wie in Dartsedo), wo alle Fächer auf Chinesisch gelehrt und keine Themen berührt werden, die etwas mit Tibet zu tun haben, nicht einmal die tibetische Sprache, obwohl in einigen Fällen die Mehrzahl der Schüler Tibeter sind. Dann gibt es die Schulen mit der Unterrichtssprache Chinesisch, an denen Tibetisch als ein Fach unter anderen gelehrt wird, und alle anderen Fächer wie Chinesisch, Mathematik, Naturwissenschaft und chinesische Geschichte nur auf Chinesisch unterrichtet werden. Tibetische Geschichte, Philosophie und schöne Künste gibt es an diesen Schulen überhaupt nicht. Diesen Schultyp findet man in Tibet am häufigsten“<sup>25</sup>.

Ende Juli 2002 zwangen die chinesischen Behörden die Tsangsul Schule zur Schließung. Diese tibetisch geführte Schule wurde 1988 dank der vereinten Bemühungen dreier Tibeter zur Förderung und Erhaltung der tibetischen Sprache gegründet. Der Hauptgrund für die Schließung der Schule war ihre Popularität dank ihrer Betonung der tibetischen Kultur. Viele Eltern hatten nämlich ihre Kinder von der staatlichen Yuethong Schule No 1 genommen, um sie in der Tsangsul Schule unterzubringen. Außer dem Umstand, daß der Unterrichtsschwerpunkt auf Tibetisch lag, orientierte sich die Schule an einem Lehrplan, der dem anderer Mittelschulen ähnlich war<sup>26</sup>. Zur Zeit ihrer Schließung zählte die Schule 500 Schüler, von denen 60 Waisen waren, die eine völlig kostenfreie Erziehung genossen, während die anderen, die gewöhnlich nicht in der Lage waren, die üblicherweise an den anderen Schulen geforderten überhöhten Gebühren zu zahlen, eine Nominalgebühr von 20 Yuan pro Semester entrichteten.

Die tibetische Schriftsprache erleidet drastische Einbrüche. Geschäfts- und Verwaltungsdokumente, besonders die von höheren Instanzen verfaßten, sind gewöhnlich auf Chinesisch. Fast die gesamte Computer Software in Tibet ist für chinesische Schriftzeichen formatiert. Sogar gebildete Tibeter verlieren allmählich die Fähigkeit, ihre eigene Sprache zu schreiben.

Peking behauptet, daß Tibetisch in Medien und Veröffentlichungen weithin zur Anwendung komme<sup>27</sup>. Tatsächlich ist jedoch das Gegenteil der Fall, da die meisten Zeitungen, Bücher

<sup>24</sup> Ibid.

<sup>25</sup> „Reisebericht über Erlebnisse in Tibet“ Human Rights Update, July 2002, <http://www.igfm-muenchen.de/tibet/hru/2002/hru-2002-07.html>.

<sup>26</sup> Einzelheiten siehe: „Chinesische Behörden schließen tibetische Privatschule“, Human Rights Update, Aug. 2002, und „Neues zur Schließung der Tsangsul Schule“, Human Rights Update, October 2002.

<sup>27</sup> Informationsbüro des Staatsrates der PRC, The Development of Tibetan Culture, 2000.

und Zeitschriften in Tibet heutzutage auf Chinesisch und nicht auf Tibetisch verfaßt werden. John Billington, ein unabhängiger Beobachter, zählte 408 zum Verkauf angebotene Zeitschriften auf Chinesisch, aber sah nur eine einzige auf Tibetisch<sup>28</sup>.

Tenzin Rabgyal, ein Flüchtling, der am 25. Mai 2002 in Kathmandu eintraf, berichtet: „2002 haben die chinesischen Behörden die ‚Kulturelle Entwicklungs-Gesellschaft‘ (ein Forum für kulturellen Austausch, dadurch daß sie literarischen Talenten die Möglichkeit bot, an die Öffentlichkeit zu treten) im Kreis Rebkong, TAP Malho, Qinghai, praktisch dicht gemacht. Sie sind immer gegen alles, was irgendwie die tibetische Kultur fördern könnte. Unter dem Vorwand, daß die Gesellschaft politische Untertöne habe, ordnete die Regierung ohne vorherige Mahnung ihre Auflösung an. Die Ziele der Gesellschaft waren aber frei von allen politischen Motiven“<sup>29</sup>.

Seit 1987 hat sich das politische Klima insofern geändert, als die Regierung nun wirtschaftlichen Erwägungen den Vorzug gibt, was auf Kosten der tibetischen Sprache und Kultur geschieht<sup>30</sup>. Kunchok Gyatso (chin. Goinqog Gyaco), ein Sprachwissenschaftler an der „Tibet Regional Academy of Social Sciences“ (Akademie für Gesellschaftswissenschaften der Region Tibet) meint, daß „angesichts der Globalisierung und allgemeinen kulturellen Einflüsse die tibetische Sprache einer großen Herausforderung gegenübersteht“<sup>31</sup>. In Tibet wird im Geschäftsleben und in der Verwaltung Chinesisch zunehmend zur Verkehrssprache – eine Entwicklung, die viele Kritiker als besorgniserregend für das Überleben der tibetischen Kultur ansehen<sup>32</sup>. Tibetisch ist zwar immer noch die Hauptsprache in den Dörfern und ländlichen Gebieten Tibets, doch ehrgeizige junge in der Stadt lebende Tibeter, die von der chinesischen Pop-Kultur geprägt sind und in einem von China dominierten System nach besser bezahlten Arbeitsplätzen streben, sehen immer weniger Veranlassung, ihre Muttersprache zu sprechen<sup>33</sup>. Sprachgelehrte warnen, daß jüngere Tibeter bereits Probleme haben, mit ihren älteren Verwandten zu reden, womit sie zu einer Art von „Fremden“ in ihrem eigenen Gemeinwesen werden.

Schüler, die chinesische Schulen besuchen, können besser Chinesisch als Schüler tibetischer Schulen. Da für jede Anstellung bei den Behörden eine gute Beherrschung des Chinesischen Vorbedingung ist, haben die Abgänger chinesischer Schulen die besseren Chancen<sup>34</sup>. Die aus dem Kreis Dingri (chin. Tingri) stammende 17-jährige Tsering Yangto bestätigte dies: „Die Schüler sind in den Chinesisch-Klassen viel aufmerksamer, denn sie wissen nur allzu gut, daß man mit Tibetisch nicht viel Aussichten auf eine gute Karriere hat“<sup>35</sup>.

In Anbetracht der gegenwärtigen politischen Situation Tibets ist es absehbar, daß Tibetisch zur sterbenden Sprache wird. Die Effizienz des so hochgejubelten Gesetzes über die tibetische Sprache, das in der 15. Sitzungsperiode des Siebten Regionalen Volkskongresses der TAR am 23. Mai 2002 verabschiedet wurde, bleibt noch abzuwarten. Doch wird durch Präzedenzfälle belegt, daß positive Entwicklungen bei den Gesetzen eine reine Farce sind, um die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen - folgenlose Gesten der chinesischen Verfassung und ihrer Bestimmungen die Minoritäten betreffend.

<sup>28</sup> John Billington, Tibet, Zed Books; London, 1995.

<sup>29</sup> „Kulturelle Entwicklungsgesellschaft geschlossen“, Human Rights Update, Juni 2002.

<sup>30</sup> Catriona Bass, „Education in Tibet: Policy and Practice since 1950“, TIN 1998, p. 5.

<sup>31</sup> „Law guards Tibetan Language“, Xinhuanet, 24 May 2002.

<sup>32</sup> Geoffrey York, „Tibet’s native tongue takes a lashing“, Wednesday. The Globe and Mail, September 25, 2002.

<sup>33</sup> Ibid.

<sup>34</sup> „Reisebericht über Erlebnisse in Tibet“ Human Rights Update, Juli 2002.

<sup>35</sup> „Chinesisches Monopol in Schulen und im Geschäftsleben“, Human Rights Update, TCHRD, Juli 2002.

## „Bildung für Minderheiten“: in Tibet ein unerfülltes Versprechen

Dank der Klassifizierung Tibets als eine der sogenannten nationale Minderheiten Chinas sollten tibetische Kinder, wie es das internationale Gesetz vorsieht, in den Genuß umfassender Rechte auf Bildung kommen. Der Art. 30 der Konvention für die Rechte des Kindes (CRC) fordert:

„In Staaten, in denen es ethnische, religiöse oder sprachliche Minderheiten oder Ureinwohner gibt, darf einem Kind, das einer solchen Minderheit angehört oder Ureinwohner ist, nicht das Recht vorenthalten werden, in Gemeinschaft mit anderen Angehörigen seiner Gruppe seine eigene Kultur zu pflegen, sich zu seiner eigenen Religion zu bekennen und sie auszuüben oder seine eigene Sprache zu verwenden“<sup>36</sup>. China ist daher verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Tibeter in den Genuß des erhöhten Schutzes kommen, der gewissen internationalen Verträgen zufolge „ethnischen, religiösen oder linguistischen Minderheiten“ zusteht - auch die CRC schreibt das Recht eines jeden „Minderheiten-Kindes“ auf den Genuß seiner eigenen Kultur, das Bekenntnis und die Ausübung seiner eigenen Religion sowie die Verwendung seiner eigenen Sprache fest<sup>37</sup>.

Der auf die Han-Ethnie zentrierte Lehrplan, nach dem zumeist auf Mandarin, dem Standard-Chinesischen (chin. *putonghua*), unterrichtet wird und der in ganz China ungeachtet der ethnischen Konfiguration der Region obligatorisch ist, schafft im allgemeinen kein geeignetes Umfeld, in dem tibetischen Kindern ein Gefühl für die Werte ihrer Kultur, Sprache und Geschichte vermittelt werden könnte<sup>38</sup>.

Weil sie weniger Zuschüsse von der Zentralregierung bekommen, sind die Minderheiten-Colleges dazu übergegangen, immer mehr Han-Chinesen zuzulassen: Mindestens die Hälfte aller Eingeschriebenen sind heutzutage in den meisten Minderheiten-Colleges Han-Studenten<sup>39</sup>. Nach Aussage der Universitätsverwaltungen ist diese Tendenz gar noch im Steigen begriffen, denn die Colleges konzentrieren sich immer mehr auf Fächer wie Englisch und Informatik, die bei den Studenten hoch im Kurs stehen.

Peking behauptet, im Sinne seiner Präferenzpolitik für lokale ethnische Volksgruppen und um die Bildung in Tibet zu fördern, gelte an allen Schulen ein flexibler Einschreibungsmodus, indem der geforderte Notendurchschnitt für ethnische Gruppen etwas niedriger ist und auch Testergebnisse mit berücksichtigt werden<sup>40</sup>. Es stimmt zwar, daß für die Zulassung zu der Tibet Universität in Lhasa keine besonders guten Noten erforderlich sind, doch müssen Tibeter eine Aufnahmeprüfung in Chinesisch bestehen, um aufgenommen zu werden. Auf diese Weise gehen ihnen viele Plätze verloren. Tibetischen Studenten werden ihre Plätze von chinesischen Studenten weggenommen, die in ihrer Heimat sitzengeblieben sind. Solche Versager gehen dann nach Tibet, wo sie die in ihrer Muttersprache durchgeführte Aufnahmeprüfung leicht bestehen - natürlich auch der Korruption wegen, die auch hier gang und gäbe ist.

Generell können nur diejenigen Tibeter, die in der TAR geboren sind, die Tibet Universität besuchen, aber auch chinesische Studenten können sich bewerben, wenn sie bereits in der TAR ansässig sind oder dorthin übersiedeln und zum Beweis dafür, daß sie in der TAR wohnen, ihre Registrierung ändern. Obendrein wird die Präferenzpolitik oftmals von Han-Chinesen mißbraucht, die sich fälschlich als Tibeter (oder als zu einer anderen Minderheit gehörig) registrieren lassen, um von diesen Hochschulprogrammen zu profitieren<sup>41</sup>. Die Geburtsort-Voraussetzung wirkt sich nur auf die Tibeter nachteilig aus, denn im Prinzip kann jeder Student in China einen Weg nach Tibet finden, um die einzige Universität in der TAR mit Tibetisch-Sprachkursen zu mißbrauchen.

<sup>36</sup> Art. 30 der Konvention über die Rechte des Kindes (CRC).

<sup>37</sup> International Committee of Lawyers, *A Generation in Peril*, 2001, [www.igfm-muenchen.de/tibet/tjc/Kinderreport.pdf](http://www.igfm-muenchen.de/tibet/tjc/Kinderreport.pdf).

<sup>38</sup> Ibid.

<sup>39</sup> Ibid.

<sup>40</sup> Informationsbüro des Staatsrates der PRC: „Neuer Fortschritt in Menschenrechten in der TAR“, Feb. 1998.

<sup>41</sup> Postiglione, G: *China' National Minority Education: Culture, Schooling and Development*, York, Falmer Press, 1999.

Ein Tibeter, der kürzlich im Exil eintraf, schilderte dem TCHRD anschaulich, wie Chinesen sich die Plätze, die offensichtlich für Tibeter reserviert sind, aneignen: „Im Jahr 2001 wurde etwa 300 tibetischen Jugendlichen in der TAR die Möglichkeit zu höheren Studien versagt. Es handelte sich um spezialisierte Studiengänge wie Medizin, Sekretariat, Bankwesen, Buchhaltung und Polizeiwesen. In einem exklusiv von der Erziehungsbehörde der TAR herausgegebenen Bulletin über Prüfungsergebnisse vom 30. Juli wurden 225 Punkte als Minimum genannt. Vier Tage später wurde plötzlich über TV verkündet, daß für die Zulassung eine höhere Punktzahl erforderlich sei. Dies bereitete den Studenten und ihren Familien großen Verdruß, denn sie hatten sich schon auf ihre Universitätsausbildung gefreut.

Ungefähr 300 Personen, vor allem die Studenten und ihre Eltern, versammelten sich vor der Erziehungsbehörde des Bezirks Lhasa, um ihr Anliegen vorzubringen. Nachdem sie kaum eine Reaktion von dem Chef dieser Behörde erhalten hatten, begaben sie sich zu dem Amtssitz Regierung der TAR, wo sie gegen diese abrupte und unbegründete Änderung Einspruch erhoben. Anhand des ursprünglich veröffentlichten Bulletins legten sie ihren Fall dar. Ein untergeordneter Beamte erklärte ihnen, es sei nur ein unglücklicher Schreibfehler gewesen. Die entschlossenen Studenten und ihre Eltern bekamen etliche Drohungen zu hören. Einer der unglücklichen Studenten stellte später fest: „Die chinesischen Beamten lassen sich bestechen, damit sie die für Tibeter als Angehörige einer ethnischen Minderheit reservierten Plätze an chinesische Studenten vergeben“.

Eine ganze Reihe von Chinesen stehlen die wenigen Möglichkeiten, die tibetischen Studenten offenstehen, diesen noch weg. Eine solche Vermutung wird durch die Tatsache erhärtet, daß von den 1.019 Studenten, die 2001 für die reservierten Studienplätze in frage kamen, nur 405 Tibeter, jedoch 515 Chinesen waren<sup>42</sup>. Um die Anzahl der Studenten niedriger zu halten, kommen auch Altersbeschränkungen zur Anwendung. Auch hier haben die Tibeter das Nachsehen, denn sie kommen später als Kinder in Zentralchina in die Schule<sup>43</sup>.

Im März dieses Jahres gab die Erziehungsbehörde der TAR (*TAR Board of Education* = TARBOE) eine neue Richtlinie heraus, die den Studieneifer tibetischer Jugendlicher erheblich bremsen wird, weil nämlich neue Prüfungsordnungen für die staatlich geförderte College-Ausbildung eingeführt wurden. Das TARBOE verlangt nun, daß jeder Student, der sich um ein normales staatliches Stipendium bemüht, vor der schriftlichen Standard-Zulassungsprüfung für Colleges oder Fachhochschulen einen ideologischen Test bestehen muß.

Dieser politische Lackmustest umfaßt vier Teile. Im ersten wird geprüft, ob der Kandidat die notwendige Achtung für die vier Prinzipien der Partei hat, und sichergestellt daß er keiner illegalen religiösen Observanz anhängt. Beispiele illegaler Anbetung sind etwa Ehrenbezeugungen für den Dalai Lama und die Praktiken von Falun Gong. Die zweite Frage eliminiert alle Kandidaten, die sich in ihrer Vergangenheit separatistische Aktivitäten zuschulden kommen ließen. Die dritte und vierte Frage beziehen sich auf eventuelle bisherige anti-soziale und kriminelle Aktivitäten, wozu z. B. Verhaftung wegen politischer Äußerungen gehören würde. Um zu beweisen, daß er „sauber“ ist, muß der Kandidat außerdem ein Empfehlungsschreiben, ausgestellt von den Behörden seines Heimatortes, vorlegen.

Viele Tibeter können sich das Schulgeld für die Grund- und Oberschule nicht leisten, ganz zu schweigen von weiterführenden Einrichtungen, weshalb staatliche Stipendien zum Studium an der Universität oder einer Berufsausbildung unverzichtbar sind, damit Weiterbildung überhaupt möglich wird. Das TCHRD ist sehr besorgt über diese neue Prüfungsordnung, die bezweckt, für Tibeter den Zugang zu den gebotenen Bildungseinrichtungen zu erschweren. Bisherige Fälle zeigen, daß sogar die Bekanntschaft

<sup>42</sup> Human Rights Update, TCHRD, Feb. 2002.

<sup>43</sup> Catriona Bass, *Education in Tibet: Policy and Practice since 1950*, p. 180.

mit einem politischen Dissidenten für einen Bewerber so kritisch sein kann, daß er keine staatliche Hilfe mehr bekommt. Ebenso stehen die Chancen eines Bewerbers schlecht, wenn er keine guten Beziehungen zur örtlichen Polizei hat. Kein Tibeter kann auf eine Fortsetzung seines Studiums - sei es nun in Tibet oder an einer Universität in China - oder auf eine sonstige berufliche Fortbildung hoffen, wenn er diese Prüfung nicht besteht, die sich nur um die Haltung der Regierung den Tibetern gegenüber dreht und die Loyalität zur Partei zum Inhalt hat. Es sei denn, ein Bewerber ist von Hause aus vermögend, so ist ein solches Stipendium der Schlüssel zu seiner Zukunft.

### **Schlußbemerkungen**

Die Regierung in Peking lebt in ständiger Furcht vor politischer Unruhe in Tibet. Um dieser vorzubeugen, räumte sie dem Bildungswesen, als einem Vehikel, mit dem der Jugend Loyalität dem Staat gegenüber anezogen werden soll, einen hohen Stellenwert ein. Das Hauptziel des Bildungswesens in Tibet ist die Sinisierung der tibetischen Bevölkerung und ihre Indoktrinierung mit politischen Lehrsätzen. China läßt keine Gelegenheit vorbeigehen, die Massen mit Phrasen über die Liebe zum großen Mutterland zu überschwemmen. Der Bildungssektor ist keine Ausnahme.

Durch den Einsatz der Sprache als Mittel zur Kontrolle werden Tibeter in jedem Bereich ihres Lebens diskriminiert. Obwohl die tibetische Sprache hie und da sporadisch gefördert wird, dient sie den Regierungspolitikern und -ideologen viel öfter als ein bequemes Sinnbild zur Zerstörung. Trotz der großartigen Bestimmungen in der chinesischen Nationalgesetzgebung und den von der Regionalregierung beschlossenen Anordnungen wird Tibetisch zwangsläufig allmählich eine sterbende Sprache, denn in allen Formen der Massenkommunikation in Tibet wird es als Mittel der Verständigung abgeschafft. Die tibetische Sprache wird angesichts des viel bejubelten wirtschaftlichen Wohlstands der 15 % Tibeter, die nicht unterhalb der Armutsgrenze leben, nebensächlich. Peking ist es gelungen, einen künstlichen Bedarf für Chinesisch zu schaffen, indem es denjenigen Tibetern, die unbedingt in ihrer Muttersprache studieren wollen, das Gespenst der Arbeitslosigkeit vor Augen führt. Außerdem müssen diejenigen, die auf der Erhaltung ihrer Kultur und Sprache bestehen, damit rechnen, daß sie des Separatismus und der Volksverhetzung verdächtigt werden.

Die Minoritäten-Erziehungseinrichtungen für Tibeter sind so „minor“ (= klein, unbedeutend, gering) wie es ihr Name sagt. Die sogenannte „Bildung für Minoritäten“ gibt es nur auf dem Papier, da die für Tibeter reservierten Plätze für eine höhere Schulbildung von Han-Chinesen "gestohlen" werden, die sich als Tibeter ausgeben, indem sie ihren Namen und ihre Wohnsitz-Registrierung fälschen<sup>44</sup>. Die Behörden nehmen diese chinesischen Studenten willig auf, indem sie ihnen eine falsche Wohnungs-Registrierung und Identität bescheinigen<sup>45</sup>.

Die sogenannten „Inland-Schulen“ (d.h. in China befindliche Schulen) für tibetische Kinder sind eigentlich nichts als Kaderschmieden, wo die Kinder eine gründliche Gehirnwäsche in kommunistischer Ideologie durchmachen. Von den Chinesen ausgebildet und geformt, werden sie zu perfekten Führungskadern für die Konsolidierung der chinesischen Besetzung Tibets.

China versprach, die Tibeter gebührend zu fördern und zu bilden, aber die gegenwärtige Realität zeigt, daß dies nichts als leere Versprechungen sind - genauso wie die leeren Schulen, welche die Tibeter zu finanzieren und zu bauen gezwungen werden. Die Ideale und Verheißungen sind hochfliegend, aber die Realität zeugt allerhöchstens von Apathie. Nicht leer sind hingegen die Taschen der Chinesen: Obwohl sie behaupten, große Summen in das

<sup>44</sup> Das „Public Security Bureau“ ist berechtigt, Wohnungs-Registrierungszertifikate auszugeben.

<sup>45</sup> TCHRD Interview 383/2002.

Bildungswesen Tibets zu stecken, ist praktisch nichts dabei herausgekommen, außer der noch stärkeren staatlichen Kontrolle von Religion, Sprache und Kultur.

China beruft sich oft auf das Schlagwort Entwicklung, wenn es gewisser politischer Maßnahmen wegen angegriffen wird. Es sei denn in Tibet findet eine Entwicklung statt, von der die Menschen etwas haben, wird es keine nachhaltige Entwicklung dort geben. Bildung ist nachhaltige Entwicklung. Und solange keine echten Verbesserungen im tibetischen Bildungswesen erreicht werden, bleiben dem ganzen Volk die grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte verweigert.

### **Empfehlungen**

Das TCHRD beklagt, daß China immer noch nicht seinen zweiten regelmäßigen Bericht, der im März 1999 fällig gewesen wäre, dem UN Komitee für die Rechte des Kindes vorgelegt hat, und erwartet dringend dessen Vorlage bei den Vereinten Nationen.

Das TCHRD ruft die chinesische Regierung auf, das Grundrecht des tibetischen Volkes zur Bestimmung des Inhaltes von Lehrplänen und der Unterrichtssprache für die Erziehung seiner Kinder zu respektieren, wie es im Art. 29 der Konvention für die Rechte des Kindes niedergelegt ist, die China am 2. März 1992 ratifizierte.

Das TCHRD fordert ein Ende der Kampagne der patriotischen Erziehung in den Grund- und weiterführenden Schulen, denn echte Bildung beruht auf der Freiheit, studieren, denken und lernen zu können ohne die ständige Androhung von Gewalt wegen des Abweichens vom rechten Pfad der kommunistischen Ideologie. Im Art. 14 der CRC heißt es: "Die Vertragsstaaten achten das Recht des Kindes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit".

Das TCHRD ist besorgt über die mangelhaften Bildungsmöglichkeiten in Tibet, besonders über den Mangel an Bildungseinrichtungen auf dem Lande. Weiterhin beklagt es die zahlreichen Hindernisse, die der Bildung im Wege stehen. Es unterstützt die Beschaffung von Beihilfen für tibetische Kinder, die ihnen den Schulbesuch ermöglichen, während alle diskriminierende Praktiken sofort ausgesetzt werden sollten.

Das TCHRD ist sehr beunruhigt über die neue Hochschul-Zulassungspolitik in der TAR. Der Bildungsausschuß der TAR sollte sofort von der im März 2003 eingeführten Praxis ablassen, die eine Prüfung politischen, ideologischen und sozialgeschichtlichen Inhalts vorsieht, bevor ein Bewerber für einen Studienplatz ein Stipendium beantragen kann.

Das TCHRD verurteilt den bewußten und beschleunigten Import chinesischer Lehrer nach Tibet - eine Politik, die eindeutig darauf gerichtet ist, tibetische Lehrer zu verdrängen und sie im Umkreis ihres eigenen Volkes, ihrer Sprache und Kultur überflüssig zu machen. Pekings Fünfjahresplan 2001-2005 muß unbedingt revidiert werden, um den internationalen Gesetzen zur Vorbeugung gegen kulturellen Genozid und Rassendiskriminierung zu entsprechen.